

Niederschrift

zur 13. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 10.09.2015	18.30-22.10 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Martin Gollmer , Käthe Radom , Gerold Sachse , Janett Seiler ,
Stephan Wende ,

CDU-Fraktion

Rolf Hilke , Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Karin Lehmann , Wolfgang Petenati ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Kai Hamacher , Christina Krüger , Anja Miethke , Matthias
Rudolph ,

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling ab 18.35 Uhr, Jürgen Luban , Sebastian Rausch , Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Reinhard Ksink , Petra Schumann ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz , Jens-Olaf Zänker ,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch ,

Gäste

12 interessierte Gäste

Abwesend

SPD-Fraktion

Katja Dost entschuldigt, Stefan Sarrach entschuldigt,

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 13. Sitzung der STVV.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit fest. Es sind 28 (ab 18.35 Uhr 29) Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einschließlich der Änderung (Tausch der TOP's 9.5. und 9.6.) bestätigt.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.07.2015 und vom 23.07.2015

Auf Nachfrage des Abg. Rudolph zur Bereitstellung der Tonaufzeichnung der STVV in Trebus gibt der Vorsitzende Auskunft, dass diese noch aufgearbeitet wird.

Abg. Fiedler gibt den Hinweis, dass die wörtliche Wiedergabe einer Wortmeldung (Seite 10 der Niederschrift vom 16.07.2015) nicht mit „Er ...“ beginnen kann. Die Niederschrift wird entsprechend korrigiert.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende dankt allen Organisatoren und ehrenamtlichen Helfern für die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung Rock für den Wald und des Feuerwehrjubiläums.

Auf Antrag wird dem Abg. Wende das Wort erteilt. Dieser bringt namens der Fraktion DIE LINKE den Antrag – Belastung von Kleingärtnern vermeiden – ein und erläutert den Antrag kurz. Er wird in die Fachausschüsse verwiesen.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Dieser verzichtet angesichts der langen Tagesordnung auf seine Ausführungen.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Frau Felske (mit der Autoaufzeichnung einverstanden) bringt das Thema fehlender öffentlicher

Toiletten in der Stadt an.

Der Bürgermeister berichtet, dass dieses Thema die Verwaltung seit langer Zeit beschäftigt. Öffentliche Toilettenanlagen haben einen hohen Unterhaltungsaufwand und wurden deshalb im Einzelfall auch schon wieder abgebaut.

Der Abg. Dippe bittet, mit dem Centermanagement der Fürstengalerie und des Rathauscenters Kontakt aufzunehmen um zu prüfen, inwieweit die in diesen Häusern vorhandenen Toiletten einer öffentlichen Nutzung zugeführt werden können.

Der Abg. Wende berichtet über die regelmäßigen Diskussionen zu diesem Thema und der FBL Stadtentwicklung ergänzt, dass die Errichtung einer öffentlichen Toilette am leerstehenden Heizhaus (A.-Becker-Straße/Doppelgänger) geprüft wird.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 9 Fahrplanwechsel 2015 für Verbesserungen im Fürstenwalder Busverkehr aktiv nutzen 6/AN/176

Der Abg. Wende begründet den Antrag ausführlich und bittet, ernsthafte Verhandlungen mit dem BOS über die realen städtischen Bedarfe zu führen. Die gleiche Bitte um Unterstützung wird auch an den Kreistag gestellt werden.

Der Antrag soll in allen Fachausschüssen diskutiert werden.

Die Abg. Wagner weist darauf hin, dass diese Abstimmungen bis spätestens Juni hätten getätigt werden müssen, um für den Fahrplanwechsel 2015 Berücksichtigung zu finden.

Insofern sind eine umfängliche Erfassung aller Bedarfe und die Beratung in allen Ausschüssen für die nächste Anhörung zu 2016 sinnvoll.

Der FBL Stadtentwicklung, Herr Tschepe, informiert, dass die Beteiligung zum Fahrplan im Monat Juni erfolgte. Dabei hat die Verwaltung auch die offensichtlichen Defizite benannt. Danach gab es einen weiteren Vorstoß des Bürgermeisters – Erschließung neuer Haltestellen an den zukünftigen Asylbewerberheimen am südlichen Stadtrand – auf den es noch keine Antwort gibt.

Der Abg. Benz berichtet über die langwierige Umgestaltung eines bestehenden Linienverkehrs, die unter Berücksichtigung aller Bedürfnisse (Schulen, DB AG, neue Wohngebiete etc.) durchaus eine Zeitspanne von über einem Jahr in Anspruch nimmt.

In diesem Zusammenhang gibt der Abg. Dippe den Hinweis, dass zu diesem umfänglichen Thema inkl. Pendlerverkehr ein Workshop geplant war, der noch nicht organisiert wurde.

Einstimmig wird der Antrag in die Fachausschüsse verwiesen.

TOP 9.1 Beanstandung des Beschlusses zur Beratungsdrucksache 6/136/1

Der Vorsitzende informiert über die durch den Bürgermeister vorgenommene Beanstandung des Beschlusses 6/131/1 – Bahnmieten.

TOP 9.2 Geschäftsordnung (GeschO) für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree 6/156

Offensichtlich herrscht über die Geschäftsordnung weiterer Beratungsbedarf. Deshalb schlägt der Vorsitzende vor, diese zunächst nochmals in die Fraktionen und den Hauptausschuss zu verweisen.

Abg. Dippe erinnert an die Aufgabenstellung für den Vorsitzenden des HA und des Vorsitzenden der STVV, sich zwecks rechtssicherer Formulierungen an die Kommunalaufsicht zu wenden. Abg. Sachse und der Bürgermeister verweisen auf die mit der Kommunalaufsicht abgestimmten Erläuterungen der Verwaltung (Rechtsstelle).

Der Vorsitzende der STVV weist darauf hin, dass man dabei sei, sich mit der Kommunalaufsicht ins Benehmen zu setzen.

Die Geschäftsordnung soll zunächst in den Hauptausschuss zurückverwiesen werden.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9.3 Jahresabschluss 2014 für den Stadtforst Fürstenwalde/Spree - Kommunaler Eigenbetrieb 6/DS/168

Es besteht kein Diskussions- oder Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt den geprüften Jahresabschluss 2014 fest.

Zustimmung: 30 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Werkleiter für das Geschäftsjahr 2014 die Entlastung zu erteilen.

Zustimmung: 30 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Gewinn in Höhe von 141.290,60 EUR mit 41.290,60 EUR auf neue Rechnung vorzutragen sowie 100.000,00 EUR an die Stadt Fürstenwalde auszuschütten.

Zustimmung: 30 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

4. Mit der Prüfung des Jahresabschluss 2015 wird Herr Henning Mühl von der Ebner Stolz GmbH & CO.KG beauftragt.

Zustimmung: 30 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9.4 Wirtschaftsplan 2015; hier: Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen - Kommunaler Eigenbetrieb 6/116

Der Bürgermeister erläutert, dass der Wirtschaftsplan nochmals aufgrund der Entscheidung über die Umstellung der Energieversorgung bzw. die Nachverhandlungen zu Energiepreisen, die nunmehr auch Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan hatten, beschlossen werden muss.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den in der Anlage beigefügten Wirtschaftsplan 2015 der Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen – Kommunaler Eigenbetrieb.

Zustimmung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 9.5 Unterrichtung des Ausschusses über den Schlussbericht der Rechnungsprüfung über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 6/DS/173

Abg. Rudolph hat die Sitzung des Ausschusses für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt vertretungsweise geleitet und berichtet, dass sich der Ausschuss dem Schlussbericht der Rechnungsprüfung anschließt, wenngleich nach den Fraktionsberatungen in der heutigen Sitzung noch nicht abgestimmte Statements aus den Fraktionen kommen könnten.

Abg. Rudolph spricht nunmehr als Vertreter der BFZ-Fraktion und moniert, dass die gleichen Sachverhalte durch die Rechnungsprüferin gerügt werden, wie im Vorjahr (verspätet beschlossene Haushaltssatzung, fehlende oder dringend zu überarbeitende Richtlinie etc.). Er kritisiert die Nutzung des Kassenkredites als allgemeine Deckungsmittel, die teilweise Aufnahme in CHF sowie insgesamt die Schuldenlast der Stadt.

Abg. Wende hebt hervor, dass die Planansätze im investiven Bereich in nennenswerter Größenordnung nicht erfüllt werden, er verweist auf die Produktverantwortung in diesem Zusammenhang und bittet, hier künftig mit mehr Augenmerk zu agieren.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree nimmt den Beschlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013 zur Kenntnis und schließt sich den darin enthaltenen Feststellungen an.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 9.6 Beschluss über den Jahresabschluss 2013 gemäß § 82 der Brandenburgischen Kommunalverfassung 6/162

Abg. Rudolph begründet ausführlich, dass er dem Bürgermeister nicht die Entlastung erteilen kann und führt hierbei vor allem die in CHF getätigten Finanzgeschäfte an.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt den geprüften Jahresabschluss 2013 gemäß Anlage.

Zustimmung: 29 Ja 0 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen

2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree entlastet den Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2013.

Zustimmung: 21 Ja 3 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen

Zustimmung

TOP 9.7 1. Änderung der „Richtlinie zur Förderung des Sports in der Stadt Fürstenwalde/Spree“ (Sportförderrichtlinie) 6/159

Im Ergebnis der hierüber nochmals ausführlich geführten Diskussion wird zunächst beantragt, die Richtlinie in die Ausschüsse zurückzuverweisen und zu überarbeiten und dem Schwimmverein für 2015 mit einem einmaligen Zuschuss in Höhe von 2.000 € zu helfen.

Aufgrund der Tatsache, dass der Bürgermeister den Beschluss 6/131/ beanstandet hat, muss über den Sachverhalt erneut abgestimmt werden.

Die namentliche Abstimmung führt zu einer einstimmigen Ablehnung des ursprünglichen Beschlusses (der HA beschließt, das Entgelt für die Nutzung einer Bahn im Sportbecken für alle nutzenden Fürstenwalder Vereine auf 3,59 €/h zu begrenzen. Sollte sich das Entgelt für ein Hallenteil in der e-dis-Arena bzw. EWE-Sporthalle erhöhen, erhöht sich in gleichem Umfang das Entgelt für die Nutzung der Bahnen im Sportbad).

Sodann beantragt der Bürgermeister über die vorliegende Richtlinie erneut zu beraten und zu beschließen. Die Richtlinie/Satzung sollte rückwirkend zum 01.07.2015 in Kraft treten.

Zuerst wird über den o.g. Antrag der BFZ-Fraktion Rückverweisung und einmalige Unterstützung befunden. Dieser Antrag wird mit 5 Dafür, 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Ein zwischenzeitlich gestellter Antrag auf Ende der Debatte wird mit 5 Gegenstimmen befürwortet.

Abschließend wird über den Beschlussvorschlag des Bürgermeisters abgestimmt.

Dieser lautet: Bei der Nutzung des Sportbades soll der Eigenanteil der Vereine nicht höher sein, als bei Nutzung eines Hallenfeldes in der Sporthalle Frankfurter Straße (EWE-Halle) bzw. der Sporthalle an der Hegelstraße (e.dis Arena).

Die 1. Änderung der Richtlinie zur Förderung des Sports in der Stadt Fürstenwalde/Spree tritt rückwirkend zum 01. Juli 2015 in Kraft.

Der Beschluss wird mit 4 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nunmehr gibt es noch zwei Anträge zur GeschO:

Abg. Wende weist ausgehend von dieser Diskussion nochmals ausdrücklich auf die Dringlichkeit einer Sportstättenentwicklungskonzeption als auch die damit verbundene einhergehende Sportförderrichtlinie hin und bittet, dieses im Fachbereich prioritär zu behandeln.

Abg. Rudolph bittet die Verwaltung zu prüfen und darzulegen, ob es sich um eine Richtlinie oder um eine Satzung handelt.

Beschlussvorschläge

1. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung hebt den Beschluss des Hauptausschusses vom 01. Juli 2015, Beratungsdrucksache 6/136/1 auf.

Ziel des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen und des Hauptausschusses war es, die Vereine, die das Sportbad zur Ausübung ihres Sportes nutzen müssen, finanziell zu entlasten. Dieses Ziel kann nur durch eine Änderung der Richtlinie zur Förderung des Sports in der Stadt Fürstenwalde/Spree erreicht werden. Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung vor, den Abschnitt 3.1. „Förderung der Nutzung von Sportstätten“ unter Punkt (4) durch Satz 2 wie folgt zu ergänzen:

„Bei der Nutzung des Sportbades soll der Eigenanteil der Vereine nicht höher sein, als bei Nutzung eines Hallenfeldes in der Sporthalle Frankfurter Straße (EWE- Halle) bzw. der Sporthalle an der Hegelstraße (e.dis Arena).“

Durch diesen Zusatz ist auch gewährleistet, dass bei einer zukünftigen Anpassung des Anteils der Vereine an den Kosten der Benutzung von Sportstätten und damit auch der Referenzhallen, sich auch der Anteil für die Nutzung des Sportbeckens erhöht.

2. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 1. Änderung der Richtlinie zur Förderung des Sports in der Stadt Fürstenwalde/Spree vom 10. April 2014 in Form nachstehender Ergänzung zu Punkt 3.1. Abs. (4) Satz 2:

„Bei der Nutzung des Sportbades soll der Eigenanteil der Vereine nicht höher sein, als bei Nutzung eines Hallenfeldes in der Sporthalle Frankfurter Straße (EWE-Halle) bzw. der Sporthalle an der Hegelstraße (e.dis Arena).“

Zustimmung

**TOP 9.8 Bebauungsplan Nr. 82 "Caravancenter Lindenstraße" 6/111/1
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB**

Der Abg. Apitz erinnert an die im STEA eingebrachte Verlegung der Zufahrt nach Osten, um die direkte Gegenüberstellung zum Wohngebiet zu vermeiden.

Der FBL, Herr Tschepe, erläutert, dass das Inkrafttreten des BPlanes unter den Vorbehalt gestellt wird, dass es zu einer vertraglichen Regelung zwischen dem Grundstückseigentümer und der Stadt gekommen ist.

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 a BauGB Stellungnahmen abgegeben wurden. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB Stellungnahmen eingegangen sind. Über den Sachverhalt der Stellungnahmen, ersichtlich in Anlage 2, wird entschieden. Der Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird durch Beschluss zum Protokoll der Abwägung.
2. Auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.07.2014 (GVBl. I Nr. 32), in Verbindung mit § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.11.2014 (BGBl. I S. 1748), wird der Bebauungsplan Nr. 82 "Caravancenter Lindenstraße" für das Gebiet der Gemarkung Fürstenwalde/Spree, Flur 16, Flurstück 42/2 tw., 45, 69 tw.; Flur 19, Flurstück 84/2 tw.; Flur 132, Flurstück 44 tw., bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) als Satzung beschlossen. Die Begründung (Teil C) wird gebilligt.
3. Das Inkrafttreten des BPlanes wird unter den Vorbehalt gestellt, dass es zu einer vertraglichen Regelung zwischen dem Grundstückseigentümer und der Stadt kommt.

Zustimmung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

**TOP 9.9 Bebauungsplan Nr. 96 "Wohnen an der Ferdinand-Bauer-Straße" hier: 6/158
Aufstellungsbeschluss**

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 96 „Wohnen an der Ferdinand-Bauer-Straße“ für das Gebiet der Flurstücke 110/2 teilweise, 110/3 teilweise, 568 der Flur 157; Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
2. Der Bebauungsplan soll als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9.10 Bebauungsplan Nr. 92 "Erweiterung Deutschlandzentrale NCC Am Nordstern" 6/149
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB

Abg. Wende bemängelt die architektonische Gestaltung des Objektes, die dem Entreé in die Stadt nicht gerecht wird.

Abg. Fischer gibt zu bedenken, dass aus seiner Sicht die Parkplatzsituation weiterhin nicht bedacht und berücksichtigt ist. Außerdem wird nunmehr über einen 5-stöckigen Bau entschieden – eine Lösung, die wenn eher bekannt, nach seiner Auffassung nicht so viel Zuspruch im Umfeld erhalten hätte.

Beschluss:

4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 a BauGB keine Stellungnahmen abgegeben wurden. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB Stellungnahmen eingegangen sind. Über den Sachverhalt der Stellungnahmen, ersichtlich in der Anlage "Abwägungsprotokoll zur Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange", wird entschieden. Der Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird durch Beschluss zum Protokoll der Abwägung.
5. Der Bebauungsplan Nr. 92 "Erweiterung Deutschlandzentrale NCC Am Nordstern" für das Gebiet der Gemarkung Fürstenwalde/Spree, Flur 95, Flurstücke 42 tw., 467 und 470, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) wird auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.07.2014 (GVBl. I Nr. 32), und § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBI. I S. 2414 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.11.2014 (BGBI. I S. 1748), als Satzung beschlossen. Die Begründung (Teil C) wird gebilligt.

Zustimmung Ja 23 Nein 3 Enthaltung 4 Befangen 0

TOP 9.11 Baubeschluss "Erweiterung Deutschlandzentrale NCC Am Nordstern" 6/131/1

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Ausführung des Bauvorhabens „Neubau Bürogebäude“ in der Ehrenfried-Jopp-Straße wird, vorbehaltlich der kommunalaufsichtlichen Genehmigung der Haushaltssatzung 2015, entsprechend der vorliegenden Planung beschlossen.

Zustimmung Ja 18 Nein 9 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 9.12 Standort für gewerblich-industrielle Großstandorte (LEP B-B) - Feststellung angestrebter Nutzung 6/137

Auf die Bitte des Abg. Hoffrichter berichtet der Bürgermeister ausführlich über den Stand der Planung des Energie-Forschungs-Zentrums. Die Umsetzung des Projektes ist von vielen Faktoren abhängig. Dazu gehört insbesondere die Aufnahme in den Regionalplan und die Sicherung des Grundstücks. Zum gegebenen Zeitpunkt wird über die weiteren Schritte informiert. Die für die Stadt anfallenden Kosten (Fremdleistungen für Planungsbüros, Fachgutachten etc) werden im fünfstelligen

Bereich vermutet.

Beschluss:

Ein Teilbereich des ehemaligen Pionierlagers östlich der B 168 und angrenzender Flächen der Gemarkung Fürstenwalde/Spree, zwischen der Spree im Norden und der Autobahn im Süden, soll zu einem Forschungszentrum für nachhaltige Energiesysteme entwickelt werden.

Es ist eine entsprechende Änderung des Flächennutzungsplans einzuleiten und ein Bebauungsplan aufzustellen.

Zustimmung Ja 28 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9.13 Bebauungsplan Nr. 95 "Kita-Standort Schillerstraße" hier: Auslagebeschluss 6/160

Es besteht kein Diskussions- und Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 95 „Kita-Standort Schillerstraße“ (Stand 12. August 2015) zur Kenntnis. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, jeweils in Verbindung mit § 4a BauGB, durchzuführen.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9.14 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree (ABC-Lager Hegelstraße) hier: Auslagebeschluss 6/161

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf zur 25. FNP-Änderung (Stand 12. August 2015) zur Kenntnis. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, jeweils in Verbindung mit § 4a BauGB, durchzuführen.

Zustimmung Ja 21 Nein 5 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 9.15 Bebauungsplan Nr. 94 "Solarpark ABC-Lager Hegelstraße" hier: Beschluss über den Entwurf zur Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB 6/150

Auf die Nachfragen des Abg. Fischer informiert der Bürgermeister, dass eine direkte Übertragung der Fläche an die Stadt nicht möglich ist, weil die BImA diese Grundstücke ausgeschrieben und an den Meistbietenden veräußern muss. Der Investor hat aber nach wie vor Interesse, die Fläche der Stadt zu übertragen. Dabei werden alle Kosten des Grunderwerbs in die zu kapitalisierende Pacht der nächsten 20 Jahre einbezogen. Die Ersatzaufforstung ist ebenfalls vom Investor zu tragen.

Beschluss:

Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 94 "Solarpark ABC-Lager Hegelstraße" (Stand 11.08.2015) wird zur Kenntnis genommen. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie i.V.m. § 4a BauGB gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Zustimmung Ja 23 Nein 5 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 9.16 Aufhebung des Beschlusses vom 11.12.2008 - DS-Nr. 5/024 "Erweiterung des Cashmanagements um ein aktives Zinsmanagement" 6/DS/175

Es besteht kein Diskussions- und Erläuterungsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree vom 11.12.2008, DS 5/024, „Erweiterung des Cashmanagements um ein aktives Zinsmanagement“ wird aufgehoben.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9.17 Grundsatzbeschluss Wiedererrichtung Schützenhalle, Buchholzer Chaussee 6/118

Herr Tschepe erläutert nochmals den Sachverhalt und beantwortet die an ihn gerichteten Fragen (Leistungsphase 1 bis 3 bzw. 4, die Stadt ist Herr des Verfahrens).

Beschluss:

Die Durchführung des Bauvorhabens „Wiedererrichtung Schützenhalle“ auf dem ehemaligen Flugplatzgelände an der Buchholzer Chaussee 1 und die Beauftragung der Planungsleistung bis zur LPH 4 nach HOAI wird beschlossen.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 9.18 Beteiligung der Stadt Fürstenwalde/Spree am Stadt-Umland-Wettbewerb der neuen EU-Förderperiode 6/165

Der FBL Stadtentwicklung, Herr Tschepe, sagt zu, dass die Anregungen und Hinweise aus dem Fachausschuss in den Wettbewerbsantrag eingearbeitet und berücksichtigt werden. Dazu wird er am 06.10. (STEA) eine kurze Sachstandsinformation geben. Am 09.10.15 findet die nächste Steuerungsrunde statt und sofern sich daraus wichtige Erkenntnisse ergeben, werden diese am 15.10.2015 den Abgeordneten vorgestellt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Stadtverwaltung, das Stadt-Umland-Konzept der Kooperationspartner aus der Region @see als Leadpartner beim Stadt-Umland-Wettbewerb einzureichen. Sie trägt die von den Kooperationspartnern festgelegte Strategie sowie die geplanten Maßnahmen und Projekte mit. Die Maßnahmen und Projekte in ihrer eigenen Zuständigkeit wird die Stadt im Falle einer Auswahl der Stadt-Umland-Kooperation mit Hilfe der Förderung aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (EFRE, ELER, ESF) umsetzen. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Kooperationserklärung (Anlage 3) zu unterzeichnen.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9.19 Genehmigung der Eilentscheidung zur Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung zum Bauvorhaben "Umbau der Einmündungsbereiche der Seilerstraße" 6/157/1

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Eilentscheidung zur Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung zum Bauvorhaben „Umbau der Einmündungsbereiche der Seilerstraße“ vom 22.07.2015.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 10 Informationen der Verwaltung

Der Erste Beigeordnete geht auf die Bitte des Abg. Wende ein, ein Personalentwicklungskonzept vorzulegen. Er verweist auf die bestehenden Unterlagen/das Konzept vom 06.03.2014.

TOP 11 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Abg. Petenati fragt nach dem Stand der Dinge zur Realisierung der Leuchtboje am Hangelsberger Kreisel.

Der Bürgermeister informiert darüber, dass eine vertragliche Vereinbarung mit dem Landesamt für Straßenwesen geschlossen werden soll, um die Bepflanzung/Gestaltung vornehmen zu können. Ein erster Entwurf fand keine Zustimmung des Bürgermeisters, da wichtige Aspekte wie Kündigungsfristen etc. fehlten.

Abg. Petenati fragt zum Stand der Dinge zum Thema Heidelberg.

Herr Tschepe berichtet ausführlich über Gespräche mit den Betroffenen, um Themen wie Vereinbarkeit mit der Landesplanung zu diskutieren. Dazu werden verschiedene Wege besprochen. Der Vorstoß, das Heidelberg zum Ortsteil zu erklären scheitert noch daran, dass es kein planungsrechtlich ausgewiesenes Bauland gibt. Nichtsdestotrotz wird auf verschiedenen Ebenen versucht, dass die Gemeinsame Landesplanung hier einer Baulandentwicklung zustimmt. Dabei können sich verschiedene Aspekte (Bevölkerungszuwachs, flächendeckende Ermittlung aller Wohnungsbaupotentiale für den Raum Berlin, Potsdam und Umland) positiv auswirken. Er ist zuversichtlich, im kommenden Jahr deutliche Schritte weiterzukommen. Am 26.9.15 findet eine Mitgliederversammlung der Heideländer statt, in der er auch über alle Möglichkeiten nochmals informieren wird.

Abg. Wende fragt zum Beteiligungsverfahren Spielplatzgerät Goetheplatz und möchte wissen, was für ein Spielgerät dort nun errichtet wird. Dazu erhält der Abg. Wende eine schriftliche Antwort aus der Verwaltung.

Weiterhin fragt er zum Volksbegehren Massentierhaltung, ob es auf der Grundlage von Sammellisten möglich ist, sich die Abstimmungsunterlagen nach Hause schicken zu lassen.

Damit wäre eine noch breitere Beteiligung gewährleistet.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf und wird sie prüfen.

Des Weiteren spricht er die angekündigte Einwohnerversammlung in Fürstenwalde-Nord, deren Vorbereitung und die geplanten Themen an.

Der Bürgermeister berichtet, dass die Entwicklung rund um den Bahnhof ein Thema sein kann. Er hatte die Fraktionsvorsitzenden gebeten, weitere Themenvorschläge zu unterbreiten. Der Bürgermeister beabsichtigte, darauf einzugehen, dass es drei unterschiedliche Stadtteile mit unterschiedlicher Entwicklung und Fragestellung gibt. Darüber hinaus sollten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeiten der Fragestellung aus ihrer Sicht haben.

Der Abg. Wende möchte die Politik mehr in die Verantwortung nehmen und die Moderation der Veranstaltung in professionelle Hände geben. Da offensichtlich noch Abstimmungsbedarf besteht, schlägt der Bürgermeister vor, den geplanten Termin am 8.10.2015 aufzuheben.

Abg. Wagner bittet um Auskunft, wie oft die Audioaufzeichnungen angeklickt werden und wie hoch die Kosten dafür sind.

Abg. Benz fragt zum Sachstand Cafe Dondé (hier gibt es noch keinen neuen Sachstand) und zur neuen Bushaltestelle. Darüber wird Herr Tschepe im STEA berichten.

Abg. Luban bezieht sich auf einen Zeitungsartikel, in dem zu lesen stand, dass Füchse dem Heimattiergarten zu schaffen machen. Der Stadtförstdirektor Weber berichtet, dass dieses Problem bekannt ist und vor Ort eine Begehung stattfand. Im gesamten Tierpark wurde mit Berufsjägern festgelegt, wo überall Fallen errichtet werden müssten, um die Problematik in den Griff zu bekommen. Zunächst wurde der Prototyp einer Falle an den Heimattierpark geliefert. Der Stadtförst steht zur weiteren Unterstützung gern zur Verfügung.

Abg. Hamacher fragt zum Stand der Abarbeitung des Antrages zu TTIP, TISA und CETA. Der Vorsitzende berichtet, dass dieser in Arbeit ist.

Abg. Fiedler fragt, ob seitens des LOS bereits eine Antwort zum Thema Schulsozialarbeit vorliegt. Der Bürgermeister berichtet, dass dies nicht der Fall ist.

Auf die Frage des Abg. Dippe zur Einstellung von Auszubildenden in der Verwaltung antwortet der Bürgermeister, dass pro Jahr ein/e Auszubildende/r eingestellt wird und in der Verwaltung insgesamt 3 tätig sind.

Abg. Ksink fragt nach neuen Erkenntnissen zum Schleusenausbau.

Der Bürgermeister berichtet, dass weitere Aktionen mit den Betroffenen geplant sind. Heute jedoch hat Herr Raschmann mitgeteilt, dass man im Gespräch ist und Stillschweigen über die angebotenen PPP-Modelle vereinbart habe.

Auf Nachfrage des Abg. Fischer zur Rodung von Flächen für den zukünftigen Solarpark auf dem ehem. ABC-Lager antwortet Herr Tschepe, dass nur dort gerodet wird, wo die Solarfelder errichtet werden sollen.

Abg. Rudolph möchte wissen, ob die Zooschule nun geschlossen wurde oder weiterhin existiert. Die Abg. Fiedler informiert, dass die Personalstelle ausgesetzt, die Zooschule jedoch durch Biologielehrer weiterhin nutzbar ist. Dies ist jedoch nicht vorzuschreiben, da es keine vertragliche Regelung zwischen der Zooschule und dem Land gibt. Die Intension des Antrages der Fraktion DIE LINKE ging deshalb dahin, bereits innerhalb der Ferien ein Möglichkeit zu finden, die Zooschule weiter zu betreiben.

Der Bürgermeister ergänzt, dass die Bemühungen beim Land in diese Richtung gingen. Sollte nunmehr gewollt sein, dass die Stadt das Personal stellt, dann müsste der Antrag entsprechend gestellt werden.

Abg. Rudolph fragt zum vorliegenden Bericht über das Cashmanagement nach den Gründen der Umschuldung eines Teilbetrages von der Sparkasse zu einer anderen Bank. Er fragt, wann es dar-

über entsprechend konkrete Informationen an die Abgeordneten gibt. Schließlich möchte er wissen, warum die Ablöse nur 4 Mio€ betraf, wo doch der Zinssatz der anderen Bank günstiger ist. Dr. Fehse informiert über die Vertragsanpassung durch die Sparkasse. Der Zinssatz setzt sich aus dem Zinssatz der Europäischen Zentralbank und einer Marge für die Sparkasse zusammen. Der Zinssatz der EZB liegt im Minusbereich, so dass trotz Marge theoretisch ein negativer Zinssatz entstehen kann. Diesem Sachverhalt wollte die Sparkasse vorbeugen und den Zinssatz zukünftig mindestens mit 0 ansetzen. Des Weiteren kam das günstigere Angebot der Aufbaubank von Rheinlandpfalz. Der Erste Beigeordnete vertritt die Auffassung, dass es sich beim Kassenkredit im Rahmen der festgesetzten Höchstbeträge um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt und es deshalb keiner vorherigen Abstimmung mit den politischen Gremien bedarf. Ziel ist es, möglichst wenig Zinsen für die aufgenommenen Gelder zu zahlen.

Abg. Rudolph fragt, wie noch für die Abstimmungsveranstaltung zum Bürgerhaushalt geworben werden kann. Ein Vorschlag ist, dies auf den in den nächsten Wochen noch anstehenden Veranstaltungen zu tun.

Abg. Wende berichtet, dass beim Rock für den Wald diese Möglichkeit bereits rege genutzt worden ist.

TOP 12 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Die Niederschrift umfasst 13 Seiten.

Jürgen Teichmann

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin